

Bibl. 2. Appel. Gr. C. 50.

*Welchen Hauptanforderungen muss
ein Strafgesetzbuch genügen, um
als befriedigend anerkannt wer-
den zu können?*

Hiebey vorzüglich
von der
legislativen Unterscheidung
zwischen
V e r b r e c h e n
und
Polizeyvergehen,
und von dem
Maßstabe der Strafandrohung.

E i n P r o g r a m m
von
Dr. Wilhelm Joseph Behr.



W ü r z b u r g.

Bey F. E. Nitribitt, Universitäts - Buchdrucker.

1 8 1 3.

*Welchen Hauptanforderungen muß ein
Strafgesetzbuch genügen, um als befrie-
digend anerkannt werden zu können?*

Der Ausdruck „Strafgesetzbuch“ ist hier zur Bezeichnung desjenigen gebraucht, was man sonst „*peinliches - oder Criminalgesetz-
buch*“ nannte, und wenn gleich jener Ausdruck nichts weniger, als neu ist, so ist doch weder sein Gebrauch, noch die Anerkennung seiner Vorzüglichkeit so allgemein, daß ein Beweis der letzteren und der Nothwendigkeit, den zum Theil wahrhaft barbarischen, zum Theil wenigstens unpassenden Ausdruck, dessen Stelle er ersetzen soll, aufzugeben, als überflüssig erscheinen könnte: denn viele Menschen kleben zu sehr an den einmal gewöhnten, wenn auch noch so ungereimten Ausdrücken, als daß sie zur Adoption des gegebenen Besseren

— 4 —

ohne handgreifliche Darstellung jener Ungereimtheit bestimmt werden könnten, und selbst der bewirkten Ueberzeugung von jener Ungereimtheit widersezt sich oft noch ein bloßer Eigensinn für das Hergebrachte, wiewohl nur zu seiner eigenen unausbleiblichen Beschämung.

Unter der Gesetzgebung des Staats überhaupt, als dem Gattungsbegriff, ist, nach dem an einem anderen Orte von mir geführten Beweise, nichts mehr und nichts weniger befaßt, als die, von der höchsten Gewalt ausgehende, Urbestimmung der Bedingungen und Mittel zum Zwecke des Staats; und unter diesen Begriff der Gesetzgebung überhaupt lassen sich alle anerkannten Zweige der Staatsgesetzgebung subsumiren; denn alle diese kommen nur darinn überein, daß durch einen wie durch jeden anderen — Bedingungen, Mittel für den Staatszweck ursprünglich festgestellt werden. Dieß, und zwar nur dieß, ist der allen Zweigen der Gesetzgebung gemeinschaftliche Charakter; dieß ist

das *Allgemeine*, worauf allein die Identität aller jener Zweige beruht, und eben hierdurch ist die Richtigkeit des angegebenen Gattungsbegriffs bewährt.

Das *Besondere*, wodurch sich jeder dieser Zweige der Gesetzgebung von jedem anderen unterscheidet, ist, daß durch jeden derselben *eine eigene*, von den übrigen spezifisch differente, *Klasse* von Bedingungen oder Mitteln für den Staatszweck bestimmt wird; und daß es so seyn müsse, erheischt nicht minder der *Grund*, als die *Norm* der Eintheilung der Staatsgesetzgebung in bestimmte Zweige, indem die verschiedenartigen Bedingungen und Mittel für den Staatszweck eben so wenig im Bunten durcheinander *bestimmt*, als realisiert werden dürfen, es vielmehr oberste Bedingung der Erreichbarkeit des Staatszwecks selbst ist, sowohl in der ursprünglichen Bestimmung, als in der Realisirung jener Bedingungen und Mittel pünktlich zu entsprechen dem allgemeinsten Geseze aller Geschäftsordnung, welches bey jedem

kombinirten oder komplizirten Geschäfte das *Verschiedenartige* erschöpfend von einander *auszuscheiden*, und dagegen alles *Gleichartige* erschöpfend *zusammenzustellen* gebietet, und in diesem Gebote sich als die wahre *Theilungs-Norm* ankündigt.

Wenn nun die Staatsgesetzgebung in verschiedenen, nach *dieser* Theilungs-Norm abzugrenzenden, *Zweigen* oder *Abschnitten* auszuführen ist, und, in Gefolge dieser Theilungs-Norm, der eigenthümliche Charakter eines jeden dieser Zweige nur darin bestehen kann und soll, daß in ihm *eine besondere Klasse* von Bedingungen und Mitteln für den Staatszweck gezeichnet erscheint, so ist doch wohl keine Forderung natürlicher und gerechter, als daß die besondere Benennung — womit man jeden Zweig der Gesetzgebung bezeichnet, und nur darum bezeichnen muß, damit er durch sie von den übrigen Zweigen kenntlich ausgeschieden sey — hergenommen werde von eben jenem seinem eigenthümlichen distink-

tiv-Charakter, das ist, *von der besonderen*, durch ihn und in ihm gezeichneten, *Klasse* von Bedingungen und Mitteln für den Staatszweck, und es ist für sich einleuchtend, daß nur die *von daher* gewählte Benennung als die richtige und passende Distinktiv-Benennung anzuerkennen sey.

Abgesehen jezt von der hieraus resultirenden Unrichtigkeit der bisherigen Benennung so manches *anderen* Zweigs der Gesetzgebung, folgt aus der Prämisse unmittelbar, daß — da *Strafen* diejenige besondere Klasse von Mitteln für den Staatszweck sind, welche der gegenwärtig unterstellte Zweig der Gesetzgebung ursprünglich zu bestimmen hat, und das wahre Wesen *dieses* Zweigs der Gesetzgebung in der Androhung von *Strafen* im eigentlichen Sinne besteht, — auch nur allein der Ausdruck „*Strafgesetzgebung*“ als die, für den unterstellten Zweig der Gesetzgebung wirklich passende, Distinktiv-Benennung anzuerkennen sey, keineswegs aber der Ausdruck

„*Criminalgesetzgebung*,“ weil sich in ihm lediglich die Beschäftigung mit Verbrechen ausspricht, welche Beschäftigung jedoch noch andere Zweige der Gesetzgebung mit jenem gemein haben; denn auch z. B. die *Polizeygesetzgebung* hat es zu thun mit Bestimmung von Mitteln zur Verhütung der Verbrechen, beschäftigt sich also mit Verbrechen, jedoch in einer ganz anderen Art, als durch Androhung von Strafen; und gerade darum, weil in *dieser* Beschäftigungs-*Art* mit Verbrechen, nämlich in der *Strafandrohung*, das eigenthümlich Charakteristische des hier unterstellten Zweigs der Gesetzgebung besteht, nicht aber in der Beschäftigung mit Verbrechen überhaupt, muß auch seine Benennung, um distinktiv-charakteristisch zu seyn, von *dieser* eigenthümlichen Beschäftigungs-*Art* hergenommen werden.

Wollte man etwa einwenden, daß der gegenwärtig unterstellte Zweig der Gesetzgebung auch das Strafenandrohen mit man-

chen anderen Gesetzgebungszweigen gemein habe, so wäre dagegen zu erinnern: daß, erstens, diese Einwendung sichtbar den Ausdruck „Criminalgesetzgebung“ keineswegs rechtfertige, weil ihm, wie gezeigt, eine ähnliche Einwendung entgegensteht; daß, zweytens, auf die Zwangsmafsregeln, deren sich andere Zweige der Gesetzgebung zur Sicherung der Befolgung ihrer Vorschriften bedienen, der Ausdruck „Strafen“ sehr uneigentlich und unrichtig angewendet werde, mithin jener Einwand auf einer falschen Voraussetzung beruhe, das Androhen von *Strafen* im *eigentlichen* Sinne wirklich nur dem gegenwärtig unterstellten Zweige der Gesetzgebung *ausschliessend* *eigen* sey; und daß endlich drittens, selbst im entgegengesetzten Falle, wenn nämlich jene Zwangsmafsregeln auch Strafen genannt werden dürften, dennoch das Androhen solcher Strafen für die übrigen Zweige der Gesetzgebung nur untergeordnete Nebensache, mittelbares Objekt ihrer

Thätigkeit sey, während für den hier unterstellten Zweig der Gesetzgebung das Androhen oder Bestimmen von Strafen die wesentliche Hauptsache und unmittelbaren Gegenstand seiner Thätigkeit ausmacht.

So wie sich hiedurch der Ausdruck „Strafgesetzgebung“ als der allein gebührende und richtige vollkommen rechtfertigt, so zeigt sich dagegen der Ausdruck „*peinliche* Gesetzgebung“ für jeden, der ihn genau betrachtet, insoferne nothwendig verwerflich, als er den groben Irrthum höchst wahrscheinlich veranlaßt oder doch genährt haben mag, daß im Gebiete dieser Gesetzgebung nur solche rechtswidrige Handlungen, gegen welche die Androhung eigentlich *peinlicher* Uebel durch den Zweck der Androhung geheischt wird, nicht aber auch geringere Rechtsverletzungen zu berücksichtigen, diese vielmehr an die Polizei zu überweisen seyen: ein Irrthum, dessen Grösse sogleich und zwar in einer Art wird dargethan werden, welche die

Ueberzeugung von der Nichtigkeit des oben angeführten Einwandes vollenden muß.

Um nämlich die Anforderungen an ein Strafgesetzbuch richtig bestimmen zu können, muß man nothwendig zuvörderst im Reinen seyn über das ausschliessende *Objekt* und den eigenthümlichen *Zweck* dieses Zweigs der Gesetzgebung, weil nur jenes Objekt und dieser Zweck den richtigen Maßstab abgeben können für die Gültigkeit der aufzustellenden Anforderungen, als einer richtigen Analyse der Bedingungen der Erreichbarkeit des Zwecks der Strafgesetzgebung; denn, da zur Sphäre dieser Gesetzgebung nur alles das gehört, wodurch die Erreichung ihres Zwecks auf dem ihr eigenen Wege bedingt ist, alles andere hingegen ausser ihrem Gebiete liegt, so muß auch eine eben so wahre als erschöpfende Zeichnung jener Bedingungen als richtige Darstellung der Anforderungen an sie anerkannt werden, als welche weder jene Sphäre überschreiten, noch inner-

halb derselben einer Lücke Raum lassen dürfen.

Nun ist man zwar allgemein darüber einverstanden, daß *Verbrechen* das ausschliessende Objekt der Strafgesetzgebung ausmachen, und daß auf dem Gebiete der *Praxis* nur solche Handlungen als Verbrechen anzusehen seyen, welche von der Strafgesetzgebung des Staats als Verbrechen bezeichnet, und, als solche, mit Strafe bedroht sind: aber keineswegs auch darüber: Welche Handlungen überhaupt vom *Gesetzgeber* auf *seinem* Standpunkte als Verbrechen zu bezeichnen, und, als solche, mit Strafe zu bedrohen seyen? — und doch ist eine scharfe und probehaltige Entscheidung *dieses* Punktes die oberste Bedingung, um ein Strafgesetzbuch, welches gleich frey von Lücke und Ueberladung wäre, aufstellen, und somit einer der Hauptanforderungen an dasselbe genügen zu können.

Unstreitig zwar kann der Strafgesetzgeber nur solche Handlungen als Verbre-

brechen bezeichnen, an welchen sich die Merkmale wahrer *Rechtsverletzung* vorfinden, das ist, nur willkührliche, selbst von allem Rechtsvorwande entblöste, den Rechtsnormen vielmehr geradezu widersprechende, wirkliche Angriffe auf das anerkannte Rechtsgebieth eines Anderen. Allein bisher war man der sonderbaren Meynung, als ob der Strafgesetzgeber seine Objekte nicht nach den Merkmalen einer Rechtsverletzung überhaupt, sondern nur nach der *Quantität* der Rechtsverletzung, oder nach der *Qualität* des verletzten Rechts zu bemessen, daher nur die *groben Verletzungen wichtiger Rechte* als *Verbrechen* zu stempeln, die *geringeren Verletzungen minder wichtiger Rechte* hingegen, unter dem Titel von *Vergehen*, der *Polizey* zu überlassen habe.

Eine ewig nicht zu hebende Differenz in der Bestimmung des legislativen Unterschieds zwischen Verbrechen und Polizeyvergehen, oder in der Ausscheidung der Objekte der Straf- und der Polizey-Ge-

sezgebung, war die unvermeidliche Folge jener Ansicht, indem in der quantitativen und qualitativen Stufenreihe möglicher Rechtsverletzungen immerhin nur eine willkührliche und subjektiv - verschiedene, schlechterdings aber nicht eine objektivbestimmte und allgemein ausreichende Grenzlinie zwischen Verbrechen und Vergehen im oben bestimmten Sinne aufzufinden und festzustellen ist, nachdem die Begriffe von der *Wichtigkeit* der Rechte so wie von der *Größe* der Verletzungen in concreto nur absolut-relative Begriffe sind.

Soll endlich ein objektiv ausreichender, bestimmter Maßstab für die legislative Unterscheidung der Verbrechen von Polizeyvergehen Statt finden, so muß jene Meynung, welche nur den ungereimten Ausdrücken „peinliche Gesetzgebung, peinlicher Prozeß“ ihr Daseyn zu verdanken haben kann, um so gewisser aufgegeben werden, je mehr sie, auf bloßes Vorurtheil gegründet, der Natur der Sache, dem Zwecke des

unterstellten Zweigs der Gesetzgebung, und der richtigen Theilungsnorm der Objekte der Thätigkeit des Staats widerspricht:

Denn Jeder, der selbst ohne allen Rechtsvorwand in das anerkannte Rechtsgebieth eines Anderen willkührlich eingreift, bricht eben hiedurch den, seiner Seits mit dem Ganzen des Staats als geschlossen, zu unterstellenden, Vertrag, die Rechte seiner Mitbürger zu respektiren, begeht also ein Verbrechen, und das eigentliche *Wesen* eines Verbrechens besteht demnach in dem rechtslosen Eingriffe, in der Rechtsverletzung an sich, als welche nur allein nicht hinweggedacht werden kann, wenn auf eine Handlung noch der Begriff von Verbrechen anwendbar seyn soll, wohingegen die Quantität der Verletzung, oder die Qualität des verletzten Rechts nur den *Grad* des Verbrechens modifizirt, nur das Verbrechen als gröfser oder geringer darstellt, das *Wesen* eines Verbrechens überhaupt aber weder zu begründen noch aufzuheben vermag.

Der einfache Ausdruck „Verbrechen“ ist unstreitig eine *Gattungsbezeichnung*, und es muß also auch der Begriff von Verbrechen *überhaupt* als *Gattungsbegriff* bestimmt, daher bey seiner Bestimmung von aller *materiellen Eigenthümlichkeit* abstrahirt werden, weil im Gegentheile der Begriff nur Begriff einer besonderen *Art* von Verbrechen seyn kann: der *Gattungsbegriff* darf nur diejenigen Merkmale enthalten, welche allen darunter begriffenen Arten in gleichem Grade gemein sind; denn darinn besteht das Wesen eines *Gattungsbegriffs*, als solchen, nämlich im Abstrahiren von allem Besonderen, und dem Auffassen lediglich des Gemeinschaftlichen: die *Eigenthümlichkeit* des Objekts ist aber unmöglich das absolut gemeinschaftliche, sondern höchstens das relativ gemeinschaftliche aller zu einer bestimmten *Hauptart* gehörigen *Unterarten*. Das *absolut-gemeinschaftliche* aller Arten von Verbrechen ist lediglich die, allen darunter befaßten Handlungen ge-

meinsame *Form*, die *Rechtsverletzung* im voraus bestimmten Sinne, und nur dadurch, daß man im *Gattungsbegriffe* von Verbrechen die Quantität und Qualität der Verletzung und des verletzten Rechts *nicht* fixirt, beydes vielmehr gleichsam im Schweben läßt, beurkundet er sich als *wahrer Gattungsbegriff*, das ist, als ein solcher, unter welchen objektiv- Mannichfaltiges subsumirt werden kann. Eine Behauptung, welche nur von demjenigen geläugnet werden könnte, welcher nie einen richtigen Begriff von *Gattung* und *Art* sich eigen gemacht hätte.

Indem man nun bisher den legislativen Begriff von Verbrechen überhaupt schon auf eine eigenthümliche Art von Objekten beschränkt hat, nämlich auf die *gröberen* Rechtsverletzungen, oder auf die Verletzungen *wichtigerer* Rechte, mit Ausschluss der geringeren Verletzungen minder wichtiger Rechte, ist man unverkennbar in den Fehler verfallen, einen bloßen *Art-Begriff*

als den *Gattungs*-Begriff von Verbrechen unterschoben zu haben: ein Fehler, der nicht etwa nur *theoretische* Irrthümer, sondern selbst den grossen *praktischen* Nachtheil zur Folge hatte, dafs kein Strafgesetzbuch seinem Zwecke vollständig genügte.

Denn dieser Zweck ist kein anderer, als einen, der Erscheinung von Läsionen des Rechts vorhergehenden, *psychologischen* Zwang (durch Androhung sinnlicher Uebel oder Strafen,) zu begründen, und durch ihn dem Begehrungsvermögen Aller, die um der rechtlichen Sicherheit Aller willen nothwendige Schranke zu setzen, zu verhindern, dafs je ein Rechts-Subjekt im Staate von einem seiner Glieder an irgend einem seiner Rechte verletzt werde, also mit Wenigem: — Rechtsverletzungen überhaupt oder in allen ihren Arten psychologisch zu verhüten. Dieser Zweck wird aber offenbar nicht vollständig erstrebt, dasjenige, dessen Vorstellung das Aufstellen

eines Strafgesetzbuchs motivirt, wird nur zum Theile realisirt, wenn das Strafgesetzbuch, wie es bisher immer der Fall war, nur gewisse Arten von Rechtsverletzungen berücksichtigt, Rechtsverletzungen nicht in ihrer Gattung, sondern nur zum Theile psychologisch zu verhüten trachtet.

Zwar könnte Mancher dafür halten, dieß habe im Wesentlichen nichts zu bedeuten, wenn nur die, in der Strafgesetzgebung außer Acht gelassene, Klasse von Rechtsverletzungen in der Polizeygesetzgebung erschöpfend berücksichtigt, und *da* mit den angemessenen Strafen bedroht würde: — Allein ist es denn nicht eine unverkennbar unnütze und lächerliche Geschäftsversplitterung, wenn eine und die nämliche Klasse *homogener* Staatsgeschäfte, wie das Verhüten von Rechtsverletzungen im Wege des psychologischen Zwanges, in zwey verschiedenen Zweigen der Gesetzgebung bestimmt und regulirt wird? Wodurch sollte dieß irgend gerechtfertigt werden können?

Doch wahrlich nicht durch das Vorurtheil, als ob geringere Rechtsverletzungen eben dieser ihrer Geringfügigkeit wegen nur für die Polizey, — für Criminalrichter aber nur solche Funktionen ausschliessend geeignet seyen, welche die Merkmale wirklicher Peinlichkeit an sich tragen! Dieses Vorurtheil war zwar bis izt allgemein; aber letztere sind wahrlich nicht Criminalrichter, weil sie gerade nur diese oder jene Art von Strafen zu verhängen hätten, sondern lediglich, weil sie über Verbrechen (Rechtsverletzungen) zu richten haben, wenn auch das Resultat dieses Gerichts gerade nicht peinlich seyn sollte; und dafs die Scheidewand zwischen Polizey und Strafrechtspflege in etwas ganz anderem bestehe, als in der Geringfügigkeit oder Bedeutenheit der Rechtsverletzungen, wird sich sogleich zeigen.

Auch wahrlich nicht durch die Rücksicht auf die Geschäftsform! indem nichts hindern kann, auch den Criminalgerichten

für Fälle minder bedeutender Rechtsverletzungen ein summarisches, von den sonstigen strengen, hiebey nicht geheischten, Formen entbundenenes Verfahren vorzuzeichnen, gleichwie auch den Civilgerichten nach Verschiedenheit ihrer Objekte ein summarisches Verfahren neben dem ordentlichen Prozesse vorgezeichnet ist.

Am allerwenigsten endlich durch den wahren *Grund* und die richtige *Norm* der Eintheilung der (gesetzgebenden oder administrativen) Staatsgeschäfte in verschiedene Zweige: denn jener Grund liegt nur in dem Bedingtseyn der *Geschäftsordnung* durch eine solche Eintheilung, und jene Eintheilungsnorm ist eben das allgemeinste Gesetz aller Geschäftsordnung, daß bey jedem kombinierten oder komplizierten Geschäfte das *Verschiedenartige* erschöpfend voneinander *ausgeschieden*, und dagegen alles *Gleichartige* erschöpfend *zusammengestellt* werden müsse: Wenn nun das *Verhüten* von *Rechtsverletzungen* unverkennbar ein

vom Endzwecke des Staats umfasster Mittelzweck, und das Verhüten von Rechtsverletzungen *durch Strafandrohung*, oder *im Wege des psychologischen Zwanges*, augenfällig ein gleichartiges Hinwirken auf den Staatsendzweck ist, so ergiebt sich unmittelbar, daß nicht nur kein gültiger Grund existire, das Bedrohen der Rechtsverletzungen mit Strafen in der Art zu trennen, daß einzelne Klassen (Species) von Rechtsverletzungen in der Strafgesetzgebung, und die übrigen Klassen in der Polizeygesetzgebung mit Strafen bedroht werden, sondern daß vielmehr diese Trennung eine, dem allgemeinsten Geseze aller Geschäftsordnung, der richtigen Theilungsnorm gerade widersprechende Geschäftsversplitterung sey.

Zufolge der richtigen Theilungsnorm muß alles das, was zur Erreichung des *einen* Mittelzwecks, Rechtsverletzungen mittelst psychologischen Zwanges zu verhüten, dient, als ein gleichartiges Hinwirken auf

den Endzweck des Staats, als eine Klasse *homogener* Mittel für diesen Endzweck, in der Strafgesetzgebung erschöpfend zusammengestellt, der Polizeygesetzgebung hingegen eine, von jener spezifisch differente, Klasse von Bedingungen und Mitteln für den Staatszweck zugeschieden werden: und jener Theilungsnorm wird entsprochen, dadurch, daß in der Strafgesetzgebung die ganze Gattung von Rechtsverletzungen in allen ihren Arten mit den angemessenen Strafen bedroht, die Klasse des *psychologischen* Präventionszwanges erschöpft, in der Polizeygesetzgebung hingegen die ganze Klasse des *physischen* Präventionszwanges gleich erschöpfend regulirt wird.

Lezteres geschieht durch das Anordnen derjenigen Aufsicht und Kraft, wodurch dem (durch den psychologischen Zwang nicht wirklich unterdrückten) Unternehmen von Rechtsverletzungen aller Art (also nicht bloß der geringeren, sondern auch, und vorzüglich der gröberen Rechts-

verletzungen) *physisch* entgegengewirkt wird, und durch Beschränkung des auch an sich zulässigen Freyheitsgebrauchs bis dahin, bis wohin er beschränkt seyn muß, damit selbst die Gefahr von Rechtsverletzungen möglichst beseitigt sey.

Diese Beschränkung wird erzielt durch das Gebiethen derjenigen Handlungen, durch deren Unterlassung — und durch das Verbiethen derjenigen Handlungen, durch deren Unternehmen zwar das Recht nicht an sich wirklich gestört und verletzt, aber doch Störungen und Verletzungen der Art gar leicht veranlaßt, oder doch erleichtert, und der vollständige Schutz des Rechts erschwert seyn würde, und welche daher unternommen werden oder unterbleiben müssen, damit das Recht der Staatsglieder *ungefährdet*, vielmehr vollständig sicher sey.

Zum Beyspiele, die besondere Beleuchtung und Umgebung jeder unvermeidlichen

Grube zur Nachtzeit; das zureichende Befestigen jedes in der Höhe ausgestellten Blumentopfes, Schildes u. s. w.; die ausreichende Vorkehrung, daß beym Dachdecken und Bauen durch das Herabfallen der Ziegel, Steine u. s. w. Niemand beschädigt werden könne; das Versehenseyn jedes Gefährtes, zur Zeit des Schnees mit einem Geläute; das Fügen in die vorgeschriebene Ordnung bey einer Konkurrenz grösserer Menschenmassen und vieler Gefährte; die besondere Obsorge auf alle, der Gefahr des Tollwerdens ausgesetzte, Hausthiere; die unverzügliche Anzeige jeder beginnenden Zänkerey und Schlägerey bey der Polizey; das Versehenseyn jedes Fremden mit einem gehörig eingerichteten Passe; die besondere Obsorge in Aufbewahrung der Dietriche von Seite der Schlosser; die Anzeige von verdächtigen Personen zum Kaufe angebothener verdächtiger Sachen; die Anzeige beherbergter Fremden, und andere dergleichen Handlungen sind von der Art, daß durch ihre Unter-

lassung an sich das Recht nicht nothwendig und wirklich gestört und verletzt würde, die aber dennoch nicht unterlassen werden dürfen, wenn das Recht nicht augenscheinlich *gefährdet* seyn soll, und welche, um eben diese Gefahr zu beseitigen, ausdrücklich von der Polizeygesetzgebung *geboten* werden müssen.

Ferner zum Beyspiele, das Tragen zur erlaubten Selbstvertheidigung unnöthiger Waffen (der Dolche, Stilets, Degenstöcke, Sackpistolen); der Besitz von Windbüchsen; das Schiessen an öffentlichen, und nicht gehörig verwahrten Plätzen und Gärten, bey Hochzeiten, Kindstauen und in den Neujahrsnächten etc.; das schnelle Reiten und Fahren in volkreichen Strassen; das Lediglassen von Pferden, Ochsen und nicht völlig gezähmten Hunden; das Stehenlassen von Wagen und dgl. auf der Strasse zur Nachtzeit; das Verkaufen von Medizinalwaaren von nicht approbirten Apothekern, Hausirern; das Verkaufen von

Giften aller Art ohne Schein eines Arztes; die Existenz von Berauschten an öffentlichen Orten; das Hazardspielen; das Verkaufen getragener Kleidungsstücke von fremden Trödlern, und andere dergleichen Handlungen sind von der Art, daß sie, zwar an sich betrachtet, nicht Rechte verletzen, aber dennoch die Verletzung des Rechts augenfällig erleichtern, und nur gar zu häufig veranlassen, oder die Beschützung des Rechts erschweren, überhaupt zu Rechtsverletzungen auf eine solche Art hinführen, daß, ohne deren Unterlassung zum Geseze zu machen, die Sicherheit der Rechte in ihrem ganzen Umfange nicht erreichbar wäre, und welche daher auch die Polizey, um ihres Zwecks willen, schlechterdings *verbieten* muß. —

Jenes voraus postulirte Hemmen wirklich schon *versuchter* oder *unternommener* Störungen und Verletzungen des Rechts mittelst *physischen* Zwanges, und dieses Unterdrücken der Gefahr des *Eintretens* solcher

Versuche und Unternehmungen ist, soweit sie hier zu berücksichtigen kommt, die *eigenthümliche Art* des Hinwirkens der *Polizey* auf den Endzweck des Staats.

Wenn nun eine gebotene oder verbotene Handlung jener Art dennoch unterlassen oder unternommen wird, so ist in jenem und diesem Falle ein *Polizeyvergehen* begangen, und es ergiebt sich unmittelbar aus der bezeichneten Tendenz jener Gebote und Verbote, daß — gleichwie, nach dem voraus geführten Beweise, das Wesen eines Verbrechens überhaupt in der *Rechtsverletzung* an sich besteht, dahingegen — das Wesen eines *Polizeyvergehens* überhaupt in der *Rechtsgefährdung* an sich beruhen müsse.

Nicht die Quantität oder Qualität der *Rechtsverletzung*, sondern wirkliche *Rechtsverletzung*, und bloße *Rechtsgefährdung* sind also auf dem Gebiete der Legislation die wesentlichen Distinktiv-Merkmale von *Verbrechen* und *Polizeyvergehen*, welchemnach

der Gesezgeber alle, das Recht zwar nicht wirklich verlezende, aber doch die Gefahr einer solchen Verletzung mit sich führende Handlungen und Unterlassungen für Polizeyvergehen zu erklären, dahingegen alle jene Handlungen, an welchen sich die vorausbestimmten Merkmale einer wirklichen Rechtsverletzung vorfinden, als Verbrechen zu bezeichnen, und, als solche, mit Strafe zu bedrohen hat: und wenn gleich auch die Polizeygesezgebung mit ihren Geboten und Verboten die Androhung verhältnismässiger Uebel verbinden muß, um denjenigen Gebrauch der Freyheit zu verhindern, welcher, zwar nicht an sich Rechte verlezend, aber doch allerdings Rechte gefährdend wäre, so ist es dennoch eine, eine wesentliche Differenz übersehende, Nachlässigkeit des Sprachgebrauchs, welcher auch jene Uebel schlechtweg *Strafen* nennt, die um ihrer wesentlichen Differenz willen auch verschieden zu bezeichnen sind.

Nur dann, wenn die Bedrohung aller Rechtsgefährdungen in der *Polizeygesetzgebung*, die Bedrohung aller Rechtsverletzungen hingegen in der *Strafgesetzgebung* erschöpft wird, enthält jeder dieser Zweige der Gesetzgebung, wie er soll, die, von allem Heterogenen reine, Urbestimmung einer vollständigen Klasse homogener Bedingungen und Mittel für den Zweck des Staats, und je weniger geläugnet werden kann, daß nur das Ausscheiden alles Ungleichartigen, und das Zusammenstellen alles Gleichartigen als das richtige Theilungsprincip aller Staatsgeschäfte anzuerkennen sey, mit desto mehr Recht glaube ich fordern zu müssen, daß fortan bey Bearbeitung eines Strafgesetzbuchs das Vorurtheil, als ob der Unterschied zwischen Verbrechen und Polizeyvergehen in dem quantitativen oder qualitativen Grade von Rechtsverletzungen zu suchen sey, verlassen, vielmehr die Rechtsverletzungen in ihrer ganzen Gattung auf die diesem Zweige der Gesetzgebung eigenthümliche Weise er-

schöpfend umfaßt, und so die Strafgesetzgebung endlich in den Besiz der ganzen ihr gebührenden Sphäre eingesetzt werde.

Als der eigenthümliche Zweck der Strafgesetzgebung, als deren ausschliessendes Objekt nunmehr — Rechtsverletzungen — fixirt sind, wurde voraus bereits angegeben, die Begründung eines, der Erscheinung von Verletzungen des Rechts vorhergehenden, psychologischen Zwanges, welcher dem Begehrungsvermögen die um der rechtlichen Sicherheit Aller willen nothwendige Schranke seze, oder verhindere, dafs je ein Rechts-Subjekt an irgend einem seiner Rechte verletzt werde: und unstreitig fordert man mit vollem Rechte von einer Strafgesetzgebung, dafs sie alles das leiste, wodurch die Erreichung dieses Zwecks auf dem bezeichneten Wege bedingt ist. Diese Bedingungen zu zergliedern, wird demnach den Vorwurf der folgenden Erörterung ausmachen.

Es soll , soviel es auf dem , der Straf-
gesetzgebung eigenen , Wege möglich ist ,
verhindert werden , daß je ein Rechts-Sub-
jekt im Staate an irgend einem seiner Rech-
te verletzt werde ; und die Erreichung die-
ses Zwecks ist auf dem bemerkten Wege
dadurch bedingt , daß gegen alle möglichen
Verletzungen der Rechte aller vom Staate
zu schützender Rechts-Subjekte ein , seinem
bestimmten Zwecke entsprechender , psy-
chologischer Zwang in Wirksamkeit gesetzt ,
daß alle möglichen Klassen von Verletzungen
aller Arten des Rechts mit , dem Zwecke
der Androhung genügenden , Strafen wirk-
lich bedroht seyen.

Demnach sind *Vollständigkeit* in Anse-
hung der *Objekte* und *Subjekte* , gegen wel-
che gewirkt werden soll , und *Zweckmässig-
keit* in Ansehung der Mittel , welche durch
die Strafgesetzgebung nach der ihr eigenen
Bestimmung gegen jene in Wirksamkeit
gesetzt seyn sollen , die beyden materiellen
Hauptanforderungen , welchen ein Straf-

gesezbuch, um befriedigend zu seyn, zu genügen hat. Je mehr umfassend sich indessen diese beyden Hauptanforderungen auf den ersten Anblick darstellen, desto nöthiger ist es, den Inhalt derselben genauer zu analysiren.

Als *vollständig* wird ein Strafgesezbuch nur dann anerkannt werden können, wenn keine Verletzung des *Rechts* irgend einer *Klasse* von Rechts-Subjekten im Staate vorkommen kann, welche nicht durch dasselbe mit der gehörigen Strafe bedroht wäre; und wenn sich *keine Klasse* von Staatsgliedern je zur Realisirung *irgend einer Art* von *Rechtsverletzung* versucht sehen kann, ohne sich durch das Gesez mit einer verhältnißmässigen Strafe bedroht zu wissen. Demnach ist der postulirte Charakter der Vollständigkeit eines Strafgesezbuchs bedingt durch erschöpfende Berücksichtigung

Erstens, *aller*, durch irgend einen Zweig der Gesetzgebung des Staats begründeter, und darum durch den Staat zu

schützender, *Rechte*, welche, und insofern diese nicht schon auf andere Weise durch den Staat sicher gestellt sind, als der *Objekte* möglicher Rechtsverletzungen: Hierhin gehören aber alle, durch die konstitutionelle sowohl, als durch die organische, durch die Civil- und die übrigen Zweige der Gesetzgebung begründeten Rechte der unterstellten Art, und es wäre entschieden *Lücke* der Strafgesetzgebung, wenn die Verletzung irgend eines dieser Rechte möglich wäre, ohne daß sie sich in dem unterstellten Gesetzbuche mit Strafe bedroht fände.

Zweytens, *aller Klassen von Subjekten*, deren Rechte verletzt werden können; und dahin gehören, der Staat selbst oder die Gesamtheit seiner Glieder, als solche; und das Staatsoberhaupt; alle Klassen von Staats-Beamten und Dienern, als solche; endlich alle diejenigen juridischen (z. B. vom Staate anerkannten Gemeinheiten, Corporationen oder Gesellschaften) und

individuellen Privatpersonen, welche beständige oder temporäre (fremde, im Staate sich aufhaltende) Schuzgenossen des Staats sind: und es wäre ebenmässig entschiedene *Lücke* der Strafgesetzgebung, wenn die mögliche Verletzung des Rechts irgend einer dieser Klassen von Rechts-Subjekten in jener sich ausser Acht gelassen fände.

Drittens, aller der Subjekte, die einer Rechtsverletzung anderer fähig sind, und gegen welche das Strafrecht durch den Zweck des Staats begründet ist; und dies sind — mit Ausnahme des Staatsoberhauptes, weil die nothwendigen eigenen Mittel, um allerdings möglichen Rechtsverletzungen von seiner Seite zu begegnen, in der Constitution des Staats niedergelegt seyn müssen, daher ausser der Sphäre der Strafgesetzgebung liegen; und mit Ausnahme der Personengemeinheiten, auf welche, als solche, der Begriff von Verbrechern unanwendbar ist; übrigens — alle, der Zurechnung fähige, wirkliche, präsumtiv-künftige, und

temporär dafür geltende, Glieder des Staats :
endlich

Viertens, aller wesentlich differenten
Arten (aller eigentlichen Species) der von
den verschiedenen Klassen von Rechts-
Subjecten, und gegen die verschiedenen
Klassen von Rechts-Subjekten möglichen
Rechtsverletzungen: denn die Verhütung
der ganzen Gattung von Rechtsverletzungen
ist nur möglich durch das Bedrohen *aller*
einzelnen, von dieser Gattung umfaßten,
Arten.

Gleichwie es aber eine unverzeihliche
Lücke in der Strafgesetzgebung seyn würde,
wenn irgend eine, vom Staate mittelst psy-
chologischen Zwanges zu verhindernde,
Rechtsverletzung möglich wäre, die sich
in jener nicht mit Strafe bedroht fände,
so würde es im Gegentheile zweckwidrige
Ueberladung seyn, wenn sich die Strafge-
setzgebung auf alle die Individualitäten,
unter welchen die einzelnen Arten von
Rechtsverletzungen in concreto vorkommen

können, einliesse, und nach denselben die Strafandrohungen vervielfältigte; denn bey den konkreten Fällen sind Modifikationen *ins Unendliche* möglich, und eben darum muß deren erschöpfende Vorherbestimmung absolut unmöglich seyn; und wollte sich dennoch die Strafgesetzgebung auf einzelne mögliche individuelle Modifikationen konkreter Fälle einlassen, so müßte durch sie die, nach ihr handeln sollende, Praxis wegen der dennoch unvermeidlichen Differenzen der wirklich gegebenen Fälle nur in Verlegenheit gesetzt werden, während eine so geartete Vollständigkeit der Strafgesetzgebung doch ewig unerreichbar bliebe.

Der Forderung ihrer Vollständigkeit in dem voraus bestimmten, allerdings erreichbaren Sinne wird genügt, wenn alle Arten (Species) von den, und gegen die verschiedenen Klassen von Subjekten möglicher Rechtsverletzungen ihren wesentlichen charakteristischen Merkmalen nach in abstracto bestimmt, und mit Rücksicht auf

die beyden Grade *subjektiver* Rechtswidrigkeit (nämlich den bösen *Vorsatz* und das *Versehen*), so wie auf Art und Grad der Mitwirkung und des Effekts (nämlich auf die unmittelbare Selbstbewirkung der Verletzung, oder die mittelbare oder Beywirkung zu derselben, desgleichen auf die Vollendung oder Unternehmung des Verbrechens) mit den ihrem Zwecke angemessenen Strafen bedroht werden.

Zu dieser Vollständigkeit des *Ganzen*, als der Erschöpfung der wesentlichen Aufgabe eines Strafgesetzbuchs, muß sich aber auch gesellen der Charakter der Vollständigkeit und Bestimmtheit *jedes einzelnen Strafgesetzes* insbesondere, beruhend auf einer eben so erschöpfenden als präzisen Zeichnung der einzelnen wesentlichen Merkmale jeder Thatsache, welche die bestimmte Strafe zur rechtlichen Folge haben soll; damit es dann für die Executionsorgane der Strafgesetzgebung blos einer juristisch strengen Ausmittlung der, in jedem kon-

kreten Falle eines Verbrechens enthalten, Merkmale bedürfe, um, nach Maßgabe ihrer Identität mit den in diesem oder jenem Strafgesetze bestimmten Merkmalen, über das darauf anzuwendende Gesetz ausser Zweifel zu seyn.

Eine, in ihren Detailbestimmungen so charakterisirte, Strafgesetzgebung würde auch für die Praxis einen befriedigenden Wegweiser bilden, wenn nur darauf zu rechnen wäre, daß die Merkmale der in concreto gegebenen verbrecherischen That-sachen immer in der, in dem einen oder in dem anderen Strafgesetze vorausgesetzten, Gestaltung und Combination vorkommen würden: Gerade aber darauf ist nicht nur allein nicht, sondern vielmehr auf eine endlose Mannichfaltigkeit in der Gestaltung und Combination der faktischen Merkmale oder in den individuellen Eigenheiten der konkreten Verbrechen zu rechnen, und da eine Vorherbestimmung aller jener Gestaltungen und Combinationen, weil sie nicht

statt finden kann, auch nicht statt finden soll, so bleibt — bey der untergeordneten Bestimmung des Strafgesezbuchs, zugleich hinreichende Norm seiner Anwendung auf vorkommende Fälle seiner Anwendbarkeit zu seyn — nichts anderes übrig, als in der Form einer *Einleitung* diejenigen generellen Prinzipien aufzustellen, nach welchen die vorhandenen Strafandrohungen auf die einzelnen konkreten Fälle nach ihren gegebenen individuellen Eigenheiten von den Exekutionsorganen richtig und ohne Einfluß ihrer Willkühr anzuwenden seyen.

Da diese Prinzipien der Natur der Sache nach dieselben seyn müssen, von welchen die Strafgesezgebung selbst bey ihrem Hauptgeschäfte geleitet wird, so muß diese darauf Bedacht nehmen, in der bemerkten *Einleitung* den richtigen Kanon ihres eigenen Wesens aufzustellen, welcher in einer anderen Hinsicht zugleich zum Criterium ihrer Zweckmäßigkeit dient. —

Demnach wird diese Einleitung enthalten müssen

Erstens, die erschöpfende Bestimmung der *Gattungsmerkmale* derjenigen Erscheinungen, welche als Verbrechen angesehen und behandelt werden sollen, oder die Bestimmung der objektiven und subjektiven Bedingungen der Strafbarkeit im eigentlichen Sinne. Diese *objektiven* Gattungsbedingungen umfaßt das Wesen einer *Rechtsverletzung* im vorausbezeichneten Sinne; die Strafbarkeit einer solchen Rechtsverletzung ist aber *subjektiv* bedingt durch die psychologische Möglichkeit der Einwirkung der Strafandrohung auf den Verletzenden, da ausser diesem Falle der Zweck der Strafandrohung hinwegfällt; es wird daher die Einleitung

Zweytens, zu bestimmen haben die Beurtheilungsgründe des Daseyns oder der Abwesenheit dieser subjektiven Bedingung, die Regel der Vermuthung ihres Daseyns im Allgemeinen, und die einzelnen Zustän-

de, welche als die Zurechnungsfähigkeit ausschliessend angesehen werden sollen. — Insoferne auch in der Uebertretung eines und desselben Strafgesetzes eine, die Anwendung desselben nothwendig modifizierende, Verschiedenheit statt finden kann, welche sich entweder in dem Verhältnisse des Erfolgs zur rechtswidrigen Handlung, oder in der Art der Einwirkung auf Realisirung der Verletzung, oder endlich in dem psychologischen Grunde der verlezenden Handlung selbst äussert, gehört es — wenn auch in den einzelnen Strafandrohungen auf jene Verschiedenheiten der Uebertretung Rücksicht genommen wird, wie es geschehen soll — nicht minder zur Aufgabe der unterstellten Einleitung,

Drittens, diejenigen Merkmale festzustellen, nach welchen der Richter in einzelnen konkreten Fällen zu bemessen habe, ob ein Verbrechen als *unternommen* oder *vollendet*, wer als (physischer oder intellektueller) *Urheber*, oder als (Haupt-

Neben- unmittel- mittelbarer, genereller, spezieller, physischer oder intellektueller) *Gehülfe*, oder als *Begünstiger* eines Verbrechens zu betrachten, endlich ob dasselbe aus bösem *Vorsatz* oder aus *Versehen*, oder aus einer Konkurrenz von beyden zugleich geflossen sey? — So wie die Strafgesetzgebung selbst ihre einzelnen Strafanordnungen zu modifiziren hat nach der Verschiedenheit der, von ihr in abstracto unterstellten, Merkmale Rechte verletzender Aeusserungen, so wird sie auch den Criminalrichter zu einer Strafänderung (Milderung oder Schärfung) verpflichten müssen, wenn entweder an den ausdrücklich bestimmten Merkmalen einer (unter ein bestimmtes Strafgesetz zu subsumirenden) konkreten That, an welche *insgesammt* die ordentliche Strafe geknüpft ist, ein Mangel existirt (Grund einer *Milderung*), oder wenn zu den ausdrücklich bestimmten Merkmalen in der konkreten That ein weiteres, die Strafbarkeit erhöhendes, Merkmal hin-

zutritt (Grund einer *Schärfung* der Strafe); und nach der gezeichneten Bestimmung der geforderten Einleitung muß es auch vorzüglich zu ihrer Aufgabe gehören,

Viertens, sowohl die *Gründe* im allgemeinen, als auch den *Mafsstab* der, unter Voraussetzung des Daseyns jener Gründe zu verfügenden, *Minderung* oder *Erhöhung* der Strafe festzustellen.

Zwar war man bisher fast durchgängig der Meynung, als ob dem Criminalrichter höchstens eine Milderung, nicht aber auch eine Schärfung der gesetzlichen oder ordentlichen Strafe erlaubt seyn dürfe: allein, wenn, wie hier unterstellt wird, die Gesetzgebung selbst für bestimmte Fälle die Schärfung der ordentlichen Strafe regulirt, so ist es dann auch keineswegs die Willkühr des Richters, sondern in der That das Gesetz nur selbst, welches eine Erhöhung der ordentlichen Strafe ausnahmsweise verhängt, gleichwie dies auch in

Ansehung der Strafminderung der Fall ist, und es läßt sich sonach nicht absehen, was, bey völliger Gleichheit des Grundes, der Zulässigkeit einer so motivirten Straferhöhung vernünftig entgegenstehen könnte, nachdem man die Zulässigkeit einer Strafminderung wegen Mangel an den gesetzlich bestimmten Merkmalen anerkennt, und die Möglichkeit nicht läugnet, daß zu den gesetzlich bestimmten Merkmalen eines gewissen Verbrechens in concreto ein weiteres, die Strafbarkeit erhöhendes, Merkmal hinzutrete, ohne daß dadurch die Art des Verbrechens gerade verändert, und die Subsumtion desselben unter ein anderes Strafgesetz nothwendig sey.

Mir scheint daher die angezogene Meinung auf einem bloßen Vorurtheile zu beruhen, nach dessen Aufgeben die Strafgesetzgebung selbst wesentlich vereinfacht werden könnte, indem, nach vorausgeschickter allgemeiner Regulirung der Straferhöhung, eine Menge bisher gewöhnlicher

Strafbestimmungen gegen *Unterarten* gewisser Verbrechen füglich unterbleiben könnte, gleichwie die allgemeine Regulirung der Strafminderung eine Menge solcher, ausserdem nothwendiger, Specialbestimmungen überflüssig gemacht hat.

Insofern endlich auch bey Uebertretung *unbestimmter* Strafgesetze (welche Unbestimmtheit freylich gar nicht statt finden sollte), und bey einer Konkurrenz mehrerer solcher Verbrechen in einem Subjekte, welche die Anwendung aller einzelnen, gegen diese Verbrechen angedrohten, Strafen ihrer Natur nach ausschliessen, die Nothwendigkeit der Auffindung einer zweck- und verhältnissmässigen Strafe eintreten kann, hat die unterstellte Einleitung

Fünftens, auch den Massstab für diese Auffindung mit der grössten Genauigkeit festzustellen, und sie wird nur durch erschöpfende Erfüllung dieser Anforderungen an sie ihrer wahren Bestimmung, Norm für die Strafrechtspflege zu seyn, und je-

den Einfluß richterlicher Willkühr abzuschneiden, auf eine, das Interesse der Staatsglieder, des Staatsoberhaupts und der Exekutionsorgane selbst gleich befriedigende, Weise zu genügen vermögen.

Jener Mafsstab wird der Natur der Sache nach der nämliche seyn müssen, von welchem die Strafgesetzgebung selbst bey allen ihren Strafandrohungen geleitet wird; und darauf, dafs eben dieser Mafsstab — oder das, die Willkühr des Gesetzgebers selbst regelnde, Richtmafs für die Urbestimmung der, vorausgesetzten Verbrechen entgegenzusetzenden, Strafen sowohl ihrer Quantität als Qualität nach — der richtige, und dafs nach demselben, soweit es ohne Ueberschreitung der Grenze des, der Staatsgewalt innewohnenden, Strafrechts möglich ist, alle Strafandrohungen eingerichtet und bemessen seyen, beruht der zweyte erforderliche Hauptcharakter der Strafgesetzgebung, nämlich der Charakter *konsequenter Zweckmässigkeit*.

Der Zweck aller Strafandrohung ist, die Vorstellung eines bestimmten, jeder Rechtsverletzung auf dem Fusse folgenden, sinnlichen Uebels anzuregen, und durch diese Vorstellung den Einfluß der Sinnlichkeit auf die Willensbestimmung bis zu der, mit der Rechtssicherheit aller Anderen verträglichen, Grenze zu beschränken, oder ein, rechtsgefährliche Aeufserungen der Sinnlichkeit niederschlagendes, Gegengewicht zu begründen, durch welches das sinnliche Wesen die Realisirung eines, durch Rechtsverletzung erreichbaren, Objekts sich zum Ziele zu setzen, seiner Natur nach verhindert, und selbst die Unbedachtsamkeit bis zu dem, zur rechtlichen Sicherheit aller übrigen erforderlichen Grade von Aufmerksamkeit angetrieben, somit die Urquelle aller Rechtsverletzungen unmittelbar bekämpft, und, soweit dieß psychologisch möglich ist, abgeschnitten werde. Die Erreichbarkeit jenes Zwecks der Strafandrohung muß demnach dadurch

bedingt seyn, daß die sinnlichen Uebel, deren Vorstellung durch sie angeregt wird, von derjenigen Beschaffenheit und Gröfse sind, von welcher der in ihrer Vorstellung bezielte Zweck mit Sicherheit erwartet werden kann, nämlich der Effect der Verwandlung des *Begehrens* eines durch Rechtsverletzung erreichbaren Objekts in *Abscheu*, oder wenigstens des Abhaltens jenes Begehrens vom Uebertritte in wirkliche Handlung, und des Spannens der Aufmerksamkeit bis zu dem bemerkten Grade.

Die für diesen Effect erforderliche Beschaffenheit und Gröfse der anzudrohenden Uebel ist keineswegs erkennbar aus dem Principe der *Praevention* oder *Abschreckung* an sich; denn beyde Principe deuten nur den Zweck oder den beabsichtigten Effect an, ohne die, aus der ganzen fraglichen Klasse von Mitteln für diesen Zweck zu wählenden, Arten im geringsten näher zu bestimmen, ohne weder den Anfang, noch das Ende, noch die Art des an-

zudrohenden Uebels im geringsten zu bezeichnen.

Beyde Prinzipie mögen daher als Richtpunkte für die Tendenz der Strafgesetzgebung überhaupt ihren guten Werth haben; allein zum Maßstab der einzelnen Strafbestimmungen im obenbemerkten Sinne sind beyde unverkennbar in gleichem Grade untauglich; und nur daher, daß man bisher etwas als Richtmaß bey dem unterstellten Geschäfte der individuellen Strafbestimmungen gebrauchte, was doch nichts weniger, als wirkliches Richtmaß war, wird das Willkührliche und Schwankende, das Inkonsequente und sogar sich Widersprechende, welches man im Innern aller Strafgesetzbücher, nur mehr oder weniger, wahrnehmen mußte, vollkommen erklärbar, da der Mangel eines solchen Richtmaßes auch keineswegs ersetzt wird durch die gewöhnlichen Regeln: Z. B. je wichtiger das Recht ist, auf dessen Verletzung eine Handlung gerichtet ist, je mehr Rech-

te in einem, oder in mehreren Subjekten zugleich verletzt werden, endlich je gröfser die Verpflichtung des Subjekts ist, die Verletzung zu unterlassen, desto gröfser muß ihre Bestrafung seyn, und umgekehrt: Rechtsverletzungen aus bösem Vorsatze sind strafbarer, als jene aus Versehen: Ein vollendetes Verbrechen erfordert das ganze Mafs der ihrem Zwecke angemessenen Strafe: je näher die Unternehmung eines Verbrechens an dessen Vollendung grenzt, desto strafbarer ist dieselbe, und umgekehrt: der Urheber ist sträflicher, als der Gehülfe, und dieser ist strafbarer, als der Begünstiger etc. Denn alle diese Regeln setzen unverkennbar ein *Urmafs* für die Gröfse der Strafe voraus, und lassen die *Art* der Strafe ganz unbestimmt.

Das Prinzip, welches als tauglicher Mafsstab für die einzelnen Strafandrohungen soll gelten können, muß von der Beschaffenheit seyn, dafs es die Willkühr des Gesetzverfassers vollkommen determinire

sowohl in Ansehung der *Art* als auch der *Grösse* der jedem einzelnen Verbrechen entgegenzusehenden regelmässigen Strafe, und dafs die von ihm geleitete Strafbestimmung, zu jedem Verbrechen verhältnissmässig, und nach dem Geiste jedes Verbrechens eingerichtet, dem in ihr bezielten Effekte vollkommen gewachsen sey. Ein solches Prinzip verdient nur mit Recht den Namen eines Massstabes, und mufs durch seine Befolgung der Strafgesetzgebung unfehlbar den Charakter vollkommener Zweckmässigkeit sichern; auch erhalten durch ein solches Prinzip die oben angeführten Regeln erst diejenige Basis, derer sie absolut bedürfen, um für die Urbestimmung der Strafen, so wie für die Anwendung der Strafgesetzgebung auf konkrete Fälle nach ihren individuellen Eigenheiten wirklich befriedigende Regulative seyn zu können; denn ein Prinzip jener Art bestimmt, nebst der Qualität, auch das *Urmafs* der bald zu steigernden, bald zu mindernden Strafe.

Das einzige Prinzip, welches alle jene Erfordernisse in sich vereinigt, ist das Prinzip der *Wiedervergeltung*, jedoch nicht des äusserlichen blos körperlichen, sondern des *inneren und wesentlichen* an einer verbrecherischen That, *als einer Rechtsverletzung*; also in dem Sinne, dass die Strafgesetzgebung jede Verletzung des Rechts oder der Rechte eines von ihr zu schützenden Subjekts durch ebenmässige Kränkung der *nämlichen Rechte* des Verletzenden selbst bedinge, dass sie an jede Rechtverletzende Aeusserung die Erduldung eines, dem in der Rechtsverletzung bezielten sinnlichen Gute entgegengesetzten, sinnlichen Uebels als nothwendige Folge knüpfe, dass sie jeden rechtswidrigen Eingriff in die Rechtssphäre eines Anderen mit einem gleichen Einschreiten in das Rechtsgebieth des Eingreifenden selbst bedrohe.

Einleuchtend ist es, dass

Erstens, dieses Prinzip die Willkühr des Gesetzgebers und des Richters sowohl

in Ansehung der Qualität, als des Anfanges und der Grenze, oder der Quantität der jedem Verbrechen entgegensetzenden Strafe vollkommen determinire, durch Bestimmung einer, in abstracto sowohl, als in concreto hinreichenden, Erkenntnisquelle jener Qualität und Quantität: diese Erkenntnisquelle ist nämlich das, vom Gesetzgeber im Begriffe vorausgesetzte, und dem Richter in facto gegebene, Verbrechen selbst, freylich nicht blos dem Namen oder der Aussenseite, sondern seiner Natur und seinem Wesen nach. Denn sobald gewisse Rechte als verletzt, oder gewisse Uebel als dem Anderen zugefügt, im Begriffe vorausgesetzt, oder in facto gegeben sind, so weifs auch nach jenem Principe der Gesetzgeber und Richter, *welche Rechte* dem Verlezenden, und *in welchem Masse* sie ihm zu entziehen, *welche Uebel*, und *in welchem Masse* sie ihm zuzufügen seyen: und dies mufs bey jedem Verbrechen statt finden, da der Gesetzgeber nur *Rechts-*

verletzungen als Verbrechen bezeichnen, und mit Strafe bedrohen darf.

Nicht zwar z. B. derselbe Theil des Körpers oder des Eigenthums, sondern *dasselbe Recht* oder *dieselben Rechte*, welches oder welche Jemand verletzt hat, müssen an dem Verlezenden, und zwar an ihm, obgleich nicht gerade in derselben *äusserlichen Art*, doch in dem *nämlichen Masse* gekränkt werden, in welchem sie an dem Verletzten durch seine Handlung gekränkt erscheinen: zum Beyspiele, durch eine den Körper verstümmelnde *Verwundung* wird verletzt, das Recht, so wohl oder schmerzenfrey zu seyn, als es die Natur gestattet, und das Recht auf natürlich-vollständigen Körpergebrauch, so wie auf vollständige Erwerbs- oder Genussfähigkeit; die nach dem postulirten Massstabe dagegen anzudrohende Strafe wäre daher, Zufügung verhältnissmässiger Schmerzen (z. B. durch Schläge), verbunden mit Aufhebung der Freyheit (Gefängniss in zu dem Grade der

Verstümmelung verhältnißmäßiger Dauer und Schwere), und Schadensersatz. Ferner durch jede Art des *Diebstahls* wird verletzt das Recht des Eigenthums; es muß sonach derselbe bedroht werden mit einem gleichen Eingriffe in das Eigenthum des Diebes, nebst dem Zwange zum Ersatze des Gestohlenen; und hat der letztere kein anderes, als Eigenthum an Kräften, so muß er unter Aufsicht des Staats so lange arbeiten, bis die fragliche Summe erarbeitet ist. Durch jedes Verbrechen gegen den Staat wird verletzt das Recht der Gesamtheit der Staatsglieder auf ungestörtes Fortbestehen der Sicherungsanstalt für ihren Rechtszustand, und der Bedingungen ihrer Wirksamkeit; die dagegen anzudrohende Strafe wäre sonach Aufhebung aller Sicherung für den Verbrecher selbst, Erklärung seiner Rechtslosigkeit, oder Ausschließung desselben vom Staate, welche z. B. in Ansehung ihrer Dauer und anderer begleitenden Modifikationen gar wohl dem Gra-

de des Verbrechens angepaßt werden kann. Aus diesen wenigen Beyspielen ergiebt sich wohl von selbst, daß bey *dieser* Deutung des unterstellten Prinzips alle jene Einwendungen gänzlich hinweg fallen, welche dem Principe der Vergeltung des Gleichen mit Gleichem im bisher gewöhnlichen bloß materiellen Sinne mit Recht entgegengesetzt worden sind. Einleuchtend ist

Zweytens, daß durch das unterstellte Prinzip die innere wie die äußere Verhältnismäßigkeit der Strafe zu dem Verbrechen vollkommen gewährt sey, indem jenes Prinzip, zunächst auf das fragliche Verhältniß berechnet, eben dieses Verhältniß um so mehr sichern muß, je genauer dasselbe in abstracto wie in concreto angewendet wird; denn es soll ja Gleiches mit Gleichem vergolten werden. — Daß die Strafe nach dem Geiste des Verbrechens eingerichtet sey, kann wohl nichts anderes heissen, als, daß bey der Wahl der Strafe unter den möglichen verschie-

denen Uebeln immerhin dasjenige gewählt werde, von welchem, nach psychologischen Gesezen, der höchste Grad des abhaltenden Eindrucks auf den Unternehmer des bestimmten Verbrechens nach der Eigenheit seiner Tendenz zu erwarten steht.

Da nun im Momente des Versuchtseyns zu einer Rechtsverletzung die reelle Existenz des durch sie erreichbaren Objekts gewiß der vorherrschende Wunsch ist, so muß eben darum das Gegentheil davon das gerade *am meisten gefürchtete* Uebel seyn; es kann also auch nur durch die Vorstellung vom gewissen Erfolge des geraden Gegentheils in jenem Momente die Wirkung sicher hervorgebracht werden, daß der Wunsch der reellen Existenz jenes Objekts aufgegeben werde, oder daß er wenigstens sich nicht in Handlung setze: Die Wirkung dieses Wunsches findet nur in jener Vorstellung vom geraden Gegentheile eine Gegenwirkung, wodurch jene sicherer aufgehoben werden muß, als es

von der Vorstellung eines anderen, selbst an sich grösseren, Uebels erwartet werden könnte, weil dieses Gegentheil in jenem Momente das, in concreto am meisten gefürchtete, also das *relativ-grösste* Uebel ist.

So gewiss ferner bey jedem Menschen die Sorge für die Sicherheit seiner Rechte vor anderen vor auszusetzen ist, so gewiss muß er auch durch die, von dem unterstellten Prinzipie geleitete, Strafandrohung bestimmt werden, dieselbe Sorge für die Sicherheit der Rechte Anderer vor ihm zu tragen, weil durch jene Art der Strafandrohung jede Verletzung der Rechte Anderer durch ihn, zugleich Verletzung der seinigigen wird, er daher nie, ohne gleiche Gefahr für sich selbst, unbesonnen gegen Andere handeln kann, eben diese gleiche Gefahr für ihn selbst aber unter allen Umständen das in concreto *wirksamste* Mittel seyn muß, ihn zu der, zur rechtlichen Sicherheit aller Anderen nöthigen, Beson-

nenheit zu bestimmen. — Einleuchtend ist es also auch, daß

Drittens, eine, nach dem unterstellten Prinzipie modifizierte, Strafandrohungsweise zu der begründeten Hoffnung berechtige, daß ihr Zweck oder der in ihr bezielte Effekt im höchsten, durch den Weg des psychologischen Zwanges überhaupt möglichen, Grade von Zuverlässigkeit müsse erreicht werden.

Die, im eben bestimmten Geiste durchzuführende, *Vergeltung* jeder Rechtsverletzung, *als solcher*, ist sonach der (keineswegs durch Gründe der Moral, sondern lediglich des Rechts und der Klugheit motivirte) allgemeine Urmaßstab aller Strafandrohung, die einzig zureichende und gültige Norm der Urbestimmung der Quantität und Qualität der, den Rechtsverletzungen entgegenzusetzenden Strafen, weil durch sie die Recht-Zweck- und Verhältnißmäßigkeit der letzteren mehr, als durch jede

andere Norm begründet wird, und die Forderung aufstellen, daß die Strafe im Verhältnisse mit dem Verbrechen stehen, und nach dem Geiste des Verbrechens eingerichtet seyn solle, und dennoch die Vergeltung *im hier bestimmten Sinne* nicht als den Maßstab der Strafandrohung anerkennen wollen, hiesse sich selbst geradezu widersprechen.

Es kann wenigstens durchaus nicht geläugnet werden, daß der postulirte Maßstab, wenn gleich nicht ein mathematisch genaues, — das überhaupt unmöglich ist — doch unverkennbar ein richtigeres Verhältniß zwischen Verbrechen und Strafe bestimme, als jeder andere; daß, wenn an wirklich vorhandenen Strafbestimmungen innere und äussere Verhältnißmäßigkeit wahrzunehmen ist, man bey genauer Untersuchung immerhin entdecken wird, daß sie von jenem Maßstabe geleitet worden seyen, und daß nur eben dieser Maßstab,

im hier bestimmten Geiste aufgefaßt, Gesetzgeber und Richter aller Verlegenheit enthebe, für welche übrigens in der *generischen* Natur eines jeden Verbrechens, als eines Eingriffs in die *Freyheit* Anderer, die Entziehung oder Beschränkung der Freyheit des Verbrechers vollkommen begründet ist, als gerechtes Mittel der genaueren Ausgleichung des Verhältnisses zwischen Verbrechen und Strafe, so wie als gerechtes Surrogat für manche specielle Arten der Vergeltung, welche entweder durch die Rücksicht auf die Forterhaltung des Staats unräthlich werden, oder durch die Rücksicht auf die Grenzen des Strafrechts des Staats unzulässig seyn könnten.

Dafs es solche Grenzen gebe, konnte freylich von den Criminalisten vom gewöhnlichen Schlage um so weniger bemerkt werden, je seltener sie sich bekümmerten um die Sphäre des Ganzen, wovon die Strafgewalt einen Theil ausmacht, näm-

lich um die Sphäre der Staatsgewalt überhaupt, deren Grenzen nothwendig auch die Grenzen des, mit ihr übertragenen, Strafrechts ausmachen.

Die Kenntniss jener Sphäre und dieser Grenzen ist nur das Resultat eines gründlichen Studiums der *Staatswissenschaft*, und eben dieses Studium führt zur Erkenntniss der Wahrheit des Satzes: dass — so wie entschieden die Staatsgewalt sich überhaupt nicht willkührlich aller und jeder Mittel zur Erreichung ihres Zwecks, sondern nur *solcher* Mittel bedienen darf, deren Gebrauch innerhalb der Grenze ihrer Gewalt liegt, wozu sie durch den Grund ihrer Gewalt berechtigt ist, und zu deren Gebrauch sie von dem sie bevollmächtigenden Subjecte auktorisirt werden konnte, — so auch die Staatsgewalt unter der ganzen Gattung möglicher Strafen sich nur *solcher* Strafen, als Mittel zu ihrem Zwecke, bedienen dürfe, deren Gebrauch die Grenze ihrer Gewalt nicht übersteigt, zu deren Ge-

brauch sie im Uebertragungsvertrage ermächtigt werden konnte.

Da nun — seitdem der Glaube an den göttlichen Ursprung der Staatsgewalt verschwunden ist — der einzige Rechtsgrund aller Staatsgewalt in concreto nur in einem (ausdrücklichen oder stillschweigenden) Bevollmächtigungs- oder Uebertragungsvertrage gefunden werden kann, die Bevollmächtigenden oder Uebertragenden selbst aber, als vernünftige Wesen, über ihre physische Existenz, als die Urbedingung alles Dispositionsvermögens selbst, nicht gültig disponiren, mithin auch eine Dispositionsbefugniß darüber der Staatsgewalt nicht gültig übertragen konnten und können, diese auch eine Dispositionsbefugniß der Art nicht einmal acceptiren dürfte, so scheint mir unmittelbar zu folgen, daß der Gebrauch solcher Mittel, die auf die Vernichtung der physischen Existenz irgend eines Staatsglieds gerichtet sind, *ausser* den Grenzen der Staatsgewalt liege, daß so-

nach diese der Tödtung eines Menschen sich nicht als eines Mittels zum Staatszwecke bedienen dürfe, daß die Vernichtung der *bürgerlichen* Existenz die *höchste* der zulässigen Strafen sey, in einem befriedigenden Strafgesetzbuche daher die *Todesstrafe* nicht vorkommen dürfe, weil diese Art der Strafe der allgemeinen Bedingung eines zulässigen Mittels zum Staatszwecke ermangelt, weil die Staatsgewalt zu deren Gebrauch nicht ermächtigt werden konnte, also das Fundament ihrer Strafgewalt bis dahin nicht reicht, und weil endlich das Strafrecht keiner Gesellschaft, als solcher, über ihre Glieder weiter gehen kann, als bis zum Ausstossen aus der Gesellschaft, und kein Grund erfindlich ist, durch welchen die Befugniß der Bürgergesellschaft über jene, durch den Begriff, die Natur und das Wesen jeder Gesellschaft, als solcher, gezogene Grenze hinaus erweitert würde.

Es würde mich offenbar zu weit führen, wenn ich hier die ganze Controverse

über Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Todesstrafe erörtern wollte, und ich bemerke daher, indem ich diesen Gegenstand einer anderen Gelegenheit vorbehalte, nur noch das Einzige, daß die Art und Weise, wie Manche die Rücksicht auf die Uebertragung und Einwilligung der Staatsglieder bey diesem Gegenstande als unnöthig zurückweisen, nur von gänzlicher Unbekanntschaft im Gebiete der Staatswissenschaft zeuge; und daß die Rechtfertigung der Todesstrafe aus dem Grunde eines Staats-Nothrechts eine wahre Ungeheimtheit enthalte, indem, sobald einmal die, zur Strafzufügung doch wohl unerlässliche, Untersuchung des Verbrechens eintreten, und der Tod, als Strafe, verhängt werden könnte, der Natur der Sache nach der Zustand einer Staatsnoth schon vorübergegangen, und mit ihm das Nothrecht selbst verschwunden seyn müßte, wenn man anders nicht in jeder Gefahr für rechtliche Sicherheit den Zustand einer Staats-Noth

erkennen wollte, was jedoch nur erhöhte Ungereimtheit wäre.

Die oben angegebene höchste Strafe, nämlich Vernichtung der *bürgerlichen* Existenz, oder Ausschliessung vom Staate — wobey das Prinzip der Vergeltung ebenfalls, soweit es die Grenze des Strafrechts der Staatsgewalt gestattet, zum Massstabe dient, und welcher um des Polizeyzwecks willen lebenslängliche absolute Detention folgen muß, — findet nur gegen Mörder, als Vernichter der *bürgerlichen* Existenz Anderer, — (die Vernichtung der *physischen* Existenz zu vergelten, muß derjenigen höheren Gewalt überlassen bleiben, von der alle physische Existenz ausgeht und abhängt) — und gegen Verbrecher am Staate unmittelbar selbst, welche auch Anderen alle rechtliche Sicherheit zu entziehen trachteten, statt. Innerhalb dieser Grenze aber sind so mancherley Arten von Strafen zulässig, als es mancherley Klassen von Rechten giebt, welche verletzt werden können,

gleichwie gegen solche Verbrechen, wodurch mehrere Klassen von Rechten, oder die Rechte mehrerer Subjekte *zugleich* verletzt werden, die Androhung einer gleichartig kombinierten, oder verhältnismässig gesteigerten Strafe durch das deduzirte Prinzip aller Strafandrohung geboten ist.

Allgemein ist man übrigens seit neuerer Zeit, meines Wissens, darüber einverstanden, daß Strafandrohungen nur gerichtet werden dürfen gegen diejenigen Individuen, welche *selbst* Rechte Anderer verletzen, oder auf irgend eine Weise dazu mitwirken, durchaus aber nicht gegen solche Subjekte, die nicht mit dem Verbrecher, *als solchem*, im Verhältnisse stehen, wenn sie gleich übrigens mit seiner Person sich in der nächsten verwandtschaftlichen Beziehung befinden mögen, indem diese Beziehung an sich Schuldhaftigkeit, ohne welche doch keine Strafe statt findet, unmöglich begründen kann. Gleichwie demnach die Zweckmässigkeit eines Strafgesetzbuchs

dadurch bedingt ist, daß in ihm nirgends gegen *schuldlose* Deszendenten, Gatten oder andere Verwandte eines Verbrechers Strafe angedroht sey, so verbiethet es ebenmässig die Rücksicht auf den Zweck aller Strafandrohung, daß in ihm einer *Verjährbarkeit* der Strafe statt gegeben werde, als für welche, wenn auch nicht die Hoffnung auf Strafflosigkeit durch sie genährt würde, auch nicht ein einziger haltbarer Grund erfindlich ist.

Durch Erfüllung sämtlicher bisher aufgeführter Bedingungen der Charaktere der Vollständigkeit und Zweckmässigkeit wird den *materiellen* Hauptanforderungen an ein befriedigendes Strafgesetzbuch Genüge geleistet: Gleichwie aber seine Vollständigkeit dadurch bedingt ist, daß keine Klasse solcher Handlungen, in welchen die wesentlichen Merkmale einer Rechtsverletzung überhaupt sich vorfinden, in ihm unberücksichtigt gelassen sey, so würde es dagegen Ueberladung nicht nur, sondern wesentliche *Ueberschreitung seiner Sphäre* seyn, wenn es sich mit Bestimmungen beschäftigte, welche entweder nicht gegen *Verletzungen des Rechts*, sondern z. B. gegen Uebertretungen des *Sitten-* oder eines

Kirchen-Gesezes gerichtet sind, oder welche nicht in die Kategorie des hier unterstellten psychologischen Zwanges gehören; denn Bestimmungen der ersteren Art sind durch den Begriff und Zweck der Strafgesetzgebung selbst schon von deren Gebieth ausgeschlossen, und liegen, so wie die Bestimmung *anderer* oder spezifisch verschiedener Mittel zum Zwecke der Behinderung von Rechtsverletzungen, entweder ganz *ausser* dem Gebiete der Gesetzgebung des *Staats*, oder gehören wenigstens einem *anderen* Zweige der Gesetzgebung an. —

Die *formellen* Bedingungen ihrer Zweckmässigkeit hat die Strafgesetzgebung mit allen anderen Zweigen der Gesetzgebung gemein: Jene sind aber, Allgemeinverständlichkeit, lichtvolle Deutlichkeit, nachdrucksvolle Einfachheit, Kürze und schneidende Präzision in Sprache und Ausdruck, verbunden mit einem natürlichen Gange in Behandlung der Gegenstände, welcher darin besteht, daß man mit dem Einfachen beginne, und dann zum Zusammengesetzten fortschreite, und daß man allenthalben diejenigen Bestimmungen vorhergehen lasse, welche für andere Bestimmungen als notwendige Voraussetzungen dienen.

Dieser Forderung, daß sie natürlich geordnet sey, wird die Strafgesetzgebung am richtigsten dadurch genügen, daß sie, nach vorausgeschickter Einleitung, mit erschöpfender Aufstellung der Begriffe der verschiedenen Arten möglicher Verbrechen gegen Privatpersonen (Individuen) und der denselben angemessenen Strafen den Anfang macht, unter diesen selbst wieder die einfachen Rechtsverletzungen vor den kombinierten berücksichtigt, dann zu den, gegen juridische Privatpersonen möglichen, Verbrechen übergeht, demnächst die, gegen die verschiedenen Klassen von Organen und organischen Behörden des Staats, und von den ersteren möglichen, Verbrechen mit ihren Strafen bestimmt, und endlich mit den gegen den Staat selbst möglichen Verbrechen, und den Strafandrohungen gegen diese schließt. In dieser Anordnung wird sich eine natürliche Steigerung vom Einfachen zum Zusammengesetzten bewähren, und jede vermeidliche Wiederholung auch in der That beseitigt werden können.

Wohl ist nicht zu läugnen, daß eine, von der ausschließenden, aber erschöpfenden Rücksicht auf alle Arten möglicher

Rechtsverletzungen geleitete, deren Merkmale eben so klar als präzis bestimmende, in der bemerkten Ordnung, und nach dem voraus bestimmten Maßstabe durchgeführte, zugleich die Gerechtigkeit ihrer Anwendung sichernde, Strafgesetzgebung ihrem Hauptzwecke nicht minder, als ihrer Bestimmung, materielle Norm für die Strafrechtspflege zu seyn, gebührend genügen werde; denn eine so qualifizierte Strafgesetzgebung bewährt sich nach allen Regeln der Psychologie als entsprechendes Mittel, das Begehrungsvermögen der Staatsglieder auf die, mit der Sicherheit des Rechts Aller verträgliche, Grenze zu beschränken, ihre Sinnlichkeit von Recht verletzenden Aeußerungen abzuhalten, und das Materielle der Strafrechtspflege ihrem Zwecke gemäß zu regeln, also zur Integrität des Rechtszustandes, so viel auf dem Wege des psychologischen Zwanges möglich ist, mitzuwirken. Nur ist eben so wenig zu mißkennen die Größe der Schwierigkeit, allen hier aufgestellten Bedingungen der Vollständigkeit und Zweckmäßigkeit der Strafgesetzgebung zu genügen.

Behr, Wilhelm Joseph,

Welchen Hauptanforderungen muß ein Strafgesetzbuch genügen um als befriedigend anerkannt werden zu können? hiebey vorzüglich von der legislativen Unterscheidung zwischen Verbrechen und Polizeyvergehen, und von dem Maßstabe der Strafandrohung ; ein Programm

Würzburg 1813

Crim. 13 lx

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10393762-0